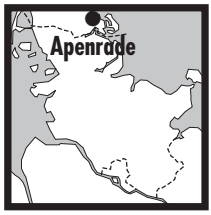
Hans Schultz Hansen: Die dänisch gesinnten Nordschleswiger

Wiederaufnahme der schleswigschen Grenzfrage im Oktober-November 1918



Anfang Oktober 1918 wurde den Reichstagsabgeordneten in Berlin klar, dass der Krieg verloren war und dem Frieden die Forderung nach Gebietsabtretungen folgen würde. Der dänischgesinnte Reichstagsabgeordnete der Nordschleswiger, H.P. Hanssen, bereitete unmittelbar die Aktionen für die Wiedervereinigung von Nordschleswig mit Dänemark auf der Grundlage des proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker vor. Oktober und November 1918 wurden hektische Monate für H.P. Hanssen, in denen er die Wiederaufnahme der schleswigschen Grenzfrage sowohl in Berlin als auch in Apenrade und gegenüber Kopenhagen thematisierte. Mit der Apenrader Resolution vom 17. November bewirkte er in der Stunde der Entscheidung beinahe Einstimmigkeit unter den dänischen Nordschleswigern mit der Forderung nach Volksabstimmung im nördlichen Schleswig als Grundlage für einen neuen Grenzverlauf.[1]

Dieser Artikel möchte näher beleuchten, wie es H.P. Hanssen gelang, die schleswigsche Grenzfrage auf die Agenda zu bringen. Im Besonderen wird untersucht, welche politischen Grundlagen und Ziele er in Grenzfragen hatte, und wie er Anhänger dafür bei den dänischgesinnten Nordschleswigern fand. Die Haltung der dänischen und deutschen Regierungen wird hierbei nur skizziert, wenn es für das Verständnis des Zusammenhangs notwendig ist.

Die Ereignisse wurden schon früher gründlich von Troels Fink im ersten Band seines Standardwerks Da Sønderjylland blev delt 1918-1920 I-III (‚Als Nordschleswig geteilt wurde 1918-1920 I-III) von 1978-79 analysiert. Dieser Artikel hat einen besonderen Fokus auf den persönlichen Einfluss von H.P. Hanssen auf das Geschehen. Dabei werden einige Quellen aus einem anderen Blickwinkel betrachtet und damit neue Akzente gesetzt. Das Quellenmaterial ist zum größten Teil in Druckform vorhanden. Die Entstehung der Apenrader Resolution wird mit der Einbeziehung eines bisher unbeachteten Protokolls erklärt, das vom Journalisten Anders Lebeck geschrieben wurde.

Die Aktionen H.P. Hanssens im frühen Oktober 1918. Am 14. Oktober 1918, um 8 Uhr morgens, steckte bei Professor Aage Friis in Kopenhagen eine Postkarte im Briefeinwurf. Sie war am 5. Oktober in Berlin geschrieben worden und hatte einen recht kryptischen Text, der mit Sicherheit der deutschen Zensur entgehen sollte: ”Das besprochene Werk ist jetzt zu bekommen, weil das Antiquariat das Lager räumt. Sage dem Vorstand der Bibliothek, man sollte schnell handeln, sonst werden die Möglichkeiten verspielt, die niemals wiederkehren. Hochachtungsvoll H.P. Nør.”[2] Es war nicht schwer für Friis den Code zu entschlüsseln. Die Handschrift kannte er von vielen früheren Briefen. Es war leicht zu durchschauen, das H.P. Nør für H.P. Hanssen stand, weil er sich selbst Hanssen-Nørremølle in seinen jüngeren Jahren nannte. Friis erkannte eben-

1 Zu den folgenden Ausführungen: Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt I, Aabenraa 1978, S. 10-78.

2 Gedruckt in H. Lausten-Thomsen: Bogen om H.P. Hanssen skrevet af hans Venner, København 1948, S. 129.

falls, dass das besprochene Werk Nordschleswig sein musste, das Antiquariat Deutschland sei, das Lager die nicht-deutschen Teile des Reiches und der Bibliotheksvorstand die dänische Regierung wären. Fünf Tage vor der Versendung der Postkarte, am 9. Oktober, hatte Friis bereits ein Gespräch mit dem dänischen Ministerpräsidenten C.Th. Zahle von der Partei „Radikale Venstre" über die Grenzfrage geführt. Die beiden wurden sich hierbei einig, dass Friis bei einer Reise nach Berlin den Kontakt mit H.P. Hanssen suchen sollte, um zu verhindern, dass dieser mit seiner Aktion die Regierungspolitik durchkreuzte – oder wie Friis dem befreundeten Verteidigungsminister Peter Munch schrieb: „um H.P. Hanssen zu erklären, dass die Sache im Gang wäre, und dass es wünschenswert wäre, wenn er sich einigermaßen ruhig verhielt."[3] Dass die Sache in Kopenhagen im Gang war, war richtig, aber kaum in einer Weise, die H.P. Hanssen gefiel. Der dänische Außenminister Erik Scavenius hatte nämlich dem deutschen Botschafter in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau vorgeschlagen, dass Deutschland selbst eine Abstimmung in Nordschleswig veranstalten sollte, das heißt ohne Einflussnahme, weder durch die Alliierten noch die dänischen Nordschleswiger. Es hat den Anschein, als habe der Außenminister die Reichweite des bevorstehenden Sieges der Alliierten und der deutschen Niederlage nicht erkannt. Er war noch mental in den Vorstellungen der dänischen Neutralitätspolitik der letzten vier Jahren tief verankert. Die deutsche Regierung reagierte übrigens auf diesen Vorschlag nicht.

Die Postkarte an Friis blieb an sich politisch ohne Bedeutung, aber sie zeigt in interessanter Weise die Stimmung von H.P. Hanssen, der die deutsche Kriegsniederlage vor Augen hatte: schnelles Handeln war gefordert, als die Tür für die lang ersehnte Wiedervereinigung von Nordschleswig mit Dänemark weit geöffnet war, da diese schnell wieder zuschlagen könnte.

Aus vielen seiner Initiativen in den ersten Oktobertagen 1918 wird das deutlich.[4] Direkt nach der Ankunft in Berlin am Abend des 3. Oktober bekam H.P. Hanssen einen Wink, dass Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg die Fortsetzung des Krieges als zwecklos postulierte. Er hörte sich in den folgenden Tagen bei den Kollegen im Reichstag um, besonders bei den Polen, Elsässern und Lothringern. Die Polen wollten den Staat Polen wiederbeleben, während die Elsässer und Lothringer lieber abwarten wollten. Das Letztere war nicht die Einstellung von H.P. Hanssen: „Ich habe dies als eine Fehlentscheidung betrachtet, den Standpunkt der Polen aber gebilligt und sofort die Wiederaufnahme der nordschleswigschen Frage beschlossen."[5] Er informierte den Vorstand der politischen Organisation der dänisch gesinnten Nordschleswiger, den Wählerverein für Nordschleswig, und bestellte die beiden dänischgesinnten Abgeordneten im preußischen Landtag, H.D. Kloppenborg-Skrumsager und Nis Nissen, nach Berlin. Abends war er Gast beim Repräsentanten des dänischen Roten Kreuzes, Axel Ramm, und bat ihn Vermittler bei Carl Graf Moltke zu sein, dem dänischen Botschafter in Berlin.

3 Fink: Sønderjylland delt I, S. 17f.
4 Die Quellen dazu sind: H.P. Hanssen: Fra Krigstiden II, København 1924, S. 317-345, H.P. Hanssen: Grænsespørgsmaalet, København 1920, S. 5-11, Briefe und Berichte, gedruckt in Lausten-Thomsen: Bogen om H.P. Hanssen, S. 146-149. Siehe auch Fink: Sønderjylland delt I, S. 10f.
5 Hanssen: Grænsespørgsmaalet S. 6f.

Der Sekretär des Wählervereins, Martin Simonsen, bekam am 5. Oktober die Weisung, den Vorstand und Aufsichtsrat zur Versammlung am 12. Oktober in Flensburg einzuberufen. H.P. Hanssen begann nun auch über die Durchführung einer Volksabstimmung mit seinen deutschen Kollegen im Reichstags zu diskutieren, um die nordschleswigsche Frage zu lösen. Dr. Eduard David von der SPD, der gerade zum Unterstaatssekretär des deutschen Außenministeriums ernannt worden war, betonte H.P. Hanssen gegenüber, die nordschleswigsche Frage sei nicht in den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson erwähnt, aber dass Dänemark diese Forderung schon geltend machen werde und „dann werden wir sehen, was wir tun können."[6] H.P. Hanssen wurde nun klar, dass er die dänische Regierung einbeziehen musste. Er hatte am selben Tag wohl kaum zufällig die erwähnte Postkarte an Aage Friis geschrieben, wie er auch Kapitän Ramm von den Meinungen im Reichstag bei seinem Besuch erzählte. Er bat ihn darum, sie „herum gehen zu lassen" und hatte dabei stillschweigend die Weiterleitung an den dänischen Botschafter vorausgesetzt.[7] Es ist ungewiss, ob dies geschehen ist. Jedenfalls ist diese Information nicht nach Kopenhagen gelangt. Mit Friedrich Naumann, einem ihm nahestehenden liberalen Repräsentanten, hatte H.P. Hanssen auch ein längeres Gespräch. Dass H.P. Hanssen die nordschleswigsche Grenzfrage stellte, hat Naumann mit der Warnung gebilligt, dass andere Liberale dagegen sein könnten. H.P. Hanssen erzählte seiner Ehefrau Helene über seine Eindrücke: „Man ist auf die Abtretung vom Elsass, von Lothringen und Teilen Polens vorbereitet. Ich arbeite in aller Offenheit an der Abtretung Nordschleswigs und finde Verständnis."[8]

H.P. Hanssen begann am 9. Oktober gemeinsam mit den beiden Landtagsabgeordneten die Grenzpolitik der dänischen Nordschleswiger festzulegen. Er schrieb in sein Tagebuch: „Heute Mittag hatten wir [H. P. Hanssen, Nis Nissen, Kloppenborg-Skrumsager] Fraktionssitzung auf meinem Zimmer. Wir beschlossen, unsere Bestrebungen dahin zu begrenzen, das, was wirklich nach Sprache und Gesinnung dänisch ist, für Dänemark zurückzufordern. Wir zogen auf der Karte eine Grenzlinie von südlich Tondern, hart nördlich von Aventoft, an der Au und dann weiter am Scheidebach entlang, südlich um Fröslee zum Bahnhof Pattburg, von dort mit dem Lauf der Au abwärts und mit einem kleinen Bogen an der Kupfermühle in die Flensburger Förde hinein. Für diese Grenze will ich jetzt bei meinen Gesprächen mit den Parlamentariern und den Vertretern der Regierung arbeiten."[9]

H.P. Hanssen hatte kein Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der dänischen Regierung in Grenzfragen unter Führung der Partei „Radikale Venstre". Man kann den längeren Brief kaum anders interpretieren, den er am 10. Oktober an zwei dänische Oppositionsführer schrieb, an J.C. Christensen und Niels Neergaard von der Partei „Venstre". In diesem Brief hat er die Ereignisse in Deutschland ausgeführt und hervorgehoben: „Es besteht jetzt außerordentlich grosse Chance dafür, dass die nordschleswigsche Frage auf eine in jeder

6 Hanssen: Krigstiden II, S. 327.
7 Ebenda S. 329.
8 Lausten-Thomsen: Bogen om H.P. Hanssen, S. 147.
9 Hanssen: Krigstiden II, S. 340f. Übersetzung nach Karl Alnor: Handbuch zur schleswigschen Frage, Bd. III:1, Neumünster 1930, S. 30.

Abb. 1: Die drei dänischen Parlamentarier in Berlin: H.P. Hanssen, MdR, H.D. Kloppenborg-Skrumsager, MdL, und Nis Nissen, MdL. Foto von Wertheim, Berlin, Museum Sønderjylland – ISL

Hinsicht zufriedenstellende Weise gelöst werden kann. Es muss aber von dänischer Seite gehandelt werden, und zwar sofort gehandelt werden, sonst wird möglicherweise alles verspielt." Darum sollte die dänische Regierung auf dem diplomatischen Wege die Grenzfrage vorbringen „um sie von Anfang an in die Friedenserörterung mit hineinzuwerfen". H.P. Hanssen befürwortete also eine internationale Lösung der Grenzfrage bei einer kommenden Friedenskonferenz. Eine bilaterale Lösung durch ein dänisch-deutsches Abkommen war nicht Teil seiner Überlegungen. Die dänische Regierung sollte sich deshalb an die alliierten Botschafter wenden. Das dänische Schweigen in der Grenzfrage musste schnell gebrochen werden; es wurde in Nordschleswig sowohl missbilligt als auch missverstanden.[10]

H.P. Hanssen gab den Brief an Kapitän Ramm, damit der ihn sicher nach Kopenhagen bringen konnte. Ramm erwies sich inzwischen aber als ein unzuverlässiger Vermittler. Er erwähnte den Inhalt Erik Scavenius gegenüber, den er von Gesprächen mit H.P. Hanssen kannte. Dieser erkannte, das H.P. Hanssens Brief eine Erklärung an „die Opposition" war und das schreckte den Kapitän davon ab, diesen an die zwei Männer von der Partei „Venstre" abzuliefern.[11] Die Parteipolitik und der Autoritätsglauben sorgten dafür, dass der andere Brief von H.P. Hanssen auch keine besondere Wirkung hatte.

Dass den dänischen Nordschleswigern immer noch nicht klar war, was die dänische Regierung wirklich dachte, erkannte man auf dem Treffen des Wählervereins am 12. Oktober in Flensburg.

Das Treffen des Wählervereins am 12. Oktober 1918 in Flensburg und der Kontakt zu Dänemark. Der Vorstand und der Aufsichtsrat des Wählerver-

10 Gedruckt in Hanssen: Krigstiden II, S. 343-344. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 37f.

11 Fink: Sønderjylland delt I, S. 30f.

eins für Nordschleswig versammelten sich im Bürgerverein in Flensburg, da die große Stadt eine bessere Diskretion als die nordschleswigschen Kleinstädte bot.[12] Viele waren gekommen und nur drei waren abwesend. Die Aufsichtsratsmitglieder berichteten einheitlich von einer guten Stimmung unter den dänisch Gesinnten in ihrer Gegend. Eine Unsicherheit herrschte dagegen über die Stellung der dänischen Regierung und des dänischen Volkes zu einer Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark. Es wurde beschlossen, ein Mitglied des Aufsichtsrates illegal über die Grenze nach Dänemark zu schicken, um sich dort näher darüber zu informieren. Dieser konnte bald beruhigend feststellen, dass die Stimmung in Dänemark einer Wiedervereinigung gegenüber sehr positiv war.

Auch die Grenzfrage wurde beim Treffen in Flensburg erörtert. Im Tagebuch notierte H.P. Hanssen: „Darauf kurze Erörterung der Grenzfrage, die erfreuliche Einigkeit über die Flensburgerlinie gab. Nur P. Tönder, der früher immer auf den Artikel V gehalten hatte, forderte jetzt die Eidergrenze ohne Abstimmung, während Lorenz Poulsen warm für Flensburg sprach, aber zugab, dass eine Grenze hart nördlich Flensburgs möglich, eine Grenze hart südlich Flensburgs hingegen unmöglich sei."[13] Mit diesen Ausnahmen bekam H.P. Hanssen die Zustimmung des Wählervereins zu der Grenzpolitik, die er mit den beiden Landtagsabgeordneten abgestimmt hatte.

Danach fuhr H.P. Hanssen wieder nach Berlin, um bereit zu sein, sobald die Grenzen des deutschen Reiches auf der Tagesordnung im Reichstag standen. In den folgenden Tagen führte er Gespräche mit verschiedenen Seiten und er hat dabei auch Dr. David mit reichhaltigem Material beliefert. Die Stimmung im Reichstag war matt und resigniert.[14]

Am 17. Oktober hatte H.P. Hanssen ein erneutes Gespräch mit Kapitän Ramm, der einen Brief von Aage Friis, geschrieben am 15. Oktober, mitbrachte. Die Neuigkeiten über die Entwicklungen in Dänemark, die er durch den Brief und die Gespräche erfuhr, hatten ihn sehr beruhigt. Dazu kamen auch die Haltung der Regierung sowie ein Aufruf, den seine Kopenhagener Freunde zuwege brachten. Hier wurde formuliert: „Nordschleswig muss mit Dänemark in der Ausdehnung wiedervereinigt werden, wie seine Bevölkerung durch eine freie Abstimmung nach dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht es fordern möchte". Der Aufruf hatte hervorgehoben, dass sich der Wunsch der Wiedervereinigung nur auf den Teil der Bevölkerung beziehe, der „dänisch spricht, dänisch fühlt und dänisch sein will". Der Aufruf überließ es der Regierung und dem Reichstag den richtigen Weg zu finden, um den Hoffnungen und Forderungen des Volkes gerecht zu werden. Friis wollte sich der Meinung H.P. Hanssens über den Aufruf vergewissern – sie war positiv. Viele im Königreich fanden aber, dass der „Oktoberaufruf" den Deutschen und der Neutralitätspolitik der Regierung zu weit entgegenkam. Viele wollten eine Grenze, die weiter im Süden lag. Die Initiatoren zögerten mit der Veröffentlichung, da der Aufruf schnell im Zeichen heftiger

12 Siehe dazu Hanssen: Krigstiden II, S. 345f und Hanssen: Grænsespørgsmålet S. 11f. Siehe auch H.P. Hanssen an Aage Friis 18.10.1918, gedruckt in: Sønderjyske Årbøger 1957, S. 142-144. Siehe auch die Berichte von H.D. Kloppenborg-Skrumsager und Andreas Grau in: L.P. Christensen (red.): Slesvig delt…, Flensborg 1922, S. 14 og 37f.

13 Hanssen: Krigstiden II, S. 345. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 31f.

14 Ebenda, S. 346-355.

Auseinandersetzungen stand. H.P. Hanssen war frustriert, weil dieser seine ganze Wirkung verfehlt hatte. Er forderte die Initiatoren auf, im Umfeld der nordschleswigschen Anhänger in der Hauptstadt nach Zustimmung zu suchen. Sonst könnte es dazu führen, dass äußerst nationale Kreise im Königreich „Verwirrung in unsere Kreise bringen". Das heißt: Die Einheitsfront der dänischen Nordschleswiger in der Grenzfrage zu gefährden, wohingegen H.P. Hanssen viel daran gelegen war, diese zu festigen.[15]

H.P. Hanssens Ansprache am 23. Oktober 1918 vor dem deutschen Reichstag. Am 23. Oktober 1918 standen die verschiedenen Grenzfragen auf der Tagesordnung des Reichstags. Zuerst sprach der polnische Wortführer Stychel, danach der Deutschnationale Graf Posadowsky, dann der Wortführer von Elsass-Lothringen Dr. Ricklin – und dann war H.P. Hanssen an der Reihe.[16] In seiner Einleitung wies er auf die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 hin, in denen das Nationalitätenprinzip hervorgehoben wurde. Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden habe sich diesem neuen Friedensprogramm angeschlossen. Dann machte H.P. Hanssen seine Forderung deutlich: „Meine Herren! Jede Zweideutigkeit in internationalen Fragen muss jetzt, wie Kollege Naumann gestern ausführte, vermieden werden. Der Ernst der Stunde fordert eine klare offene Sprache. Unter Hinweis auf den vorerwähnten Standpunkt des Herrn Reichskanzlers sowie des Präsidenten Wilson fordere ich als Vertreter der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit, die Durchführung des § 5 des Friedenvertrages zu Prag und damit bei dem bevorstehenden Friedensschluss die endgültige Lösung der nordschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker."

Im Artikel V des preußisch-österreichischen Friedensvertrages, der 1866 in Prag eingegangen wurde, überließ der österreichische Kaiser seine Rechte an den Herzogtümern Schleswig und Holstein dem preußischen König, aber mit der Einschränkung, „dass die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen."[17] Der Artikel wurde zwischenzeitlich niemals mit Leben erfüllt und wurde 1878 in einem preußisch-österreichischen Vertrag sogar aufgehoben. Die dänischen Nordschleswiger hatten sich niemals damit abgefunden.

Danach folgten die verschiedenen Begründungen für H.P. Hanssens Forderungen. Die erste war eine historische. Er zitierte positive Aussagen über den Artikel V von Bismarck 1866 und dem Reichstagsabgeordneten Windthorst vom Zentrum aus dem Jahre 1877. Die zwei Zitate dienten zur Untermauerung des Rechtsanspruchs der dänischen Nordschleswiger auf eine Volksabstimmung. Als Übergang zu seiner anderen, der außenpolitischen Begründung beschrieb H.P. Hanssen die Köllerpolitik, das heißt die Diskriminierung der dänischen Bevölkerung durch den preußischen Oberpräsidenten

15 Die volle Text der Oktoberadresse bei Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie, I, København 1938, S. 14f. Übersetzung nach Alnor, S. 43f. Zum Zustandekommen der Adresse siehe Harald Jørgensen: Oktoberadressen, in: Sønderjyske Årbøger 1957, S. 99-236. Siehe besonders S. 128f. 140 und 142-144 wie auch S. 210-213.

16 Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 21-26 und Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal I, S. 380-382. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 109 und 112.

17 Der nationale Gegensatz 1864-1914. Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion III, Flensburg/Aabenraa 1996, S. 126.

Köller, als einen Tiefpunkt der preußischen Minderheitenpolitik und als eine Quelle für fehlende Sympathie für Deutschland unter den Skandinaviern. Danach nannte er herausragende kulturelle Persönlichkeiten der nordischen Länder, die dänische Nordschleswiger unterstützten und zitierte den deutschfreundlichen Dozenten Dr. Frederik Paasche an der Universität Oslo, der gesagt hatte, dass der Weg für ein sympathisches Deutschland bei den Skandinaviern nur über die Abtretung Nordschleswigs gehen könne.

In seiner dritten Begründung bezog sich H.P. Hanssen auf die positive Ansicht der Sozialdemokraten zum Artikel V. Er war davon überzeugt, dass der Einfluss dieser Partei nach der Aufnahme von zwei SPD-Vertretern in die Regierung des Prinzen Max gestiegen war. Er erwähnte dabei die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie, die schon seit Jahren (im Jahre 1902) den Artikel V anerkannt hatte, des Weiteren den Reichstagsabgeordneten Haase (USPD) der gerade im Reichstag den gleichen Standpunkt eingenommen hatte, sowie die holländisch-skandinavische Resolution der Sozialdemokraten von 1917 über eine neue deutsch-dänische Grenzziehung auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und des Volkswillens, und schließlich auch Äußerungen von schwedischen und dänischen Sozialdemokraten.

H.P. Hanssen kam zum Schluss: „Mit tiefer Dankbarkeit kann ich heute konstatieren: aus allen politischen Lagern in Skandinavien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, schallt in diesen Tagen der einstimmige Ruf nach Deutschland: Gerechtigkeit für die Dänen in Nordschleswig ! Meine Herren, überhören Sie nicht diesen Ruf. Wenn es Ihnen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ernst ist, wenn Sie wirklich einen Frieden des Rechts und der Versöhnung wollen, dann lösen Sie, wenn der Friede bald geschlossen wird, auch die nordschleswigsche Frage. Damit erfüllen Sie nicht nur unsere heißesten Wünsche, damit fördern Sie auch deutsche Interessen. Denn: Gerechtigkeit erhöhet ein Volk !"

Die Reaktionen auf H.P. Hanssens Rede waren sehr verschieden. Der Vizekanzler, der liberale Friedrich von Payer, hatte die Rede vernommen und seinen Ministerkollegen berichtet: „Der Däne habe sich ganz wild benommen."[18] Die offizielle Antwort der Regierung kam am nächsten Tag mit Dr. Wilhelm Solfs Ansprache; er war Staatssekretär im deutschen Außenministerium und war den Liberalen näherstehend. Diese Antwort war auch an die Polen und die Elsass-Lothringer gerichtet und enthielt eine Versicherung, dass die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker umsetzen werde: „Nachdem sie sich in ihren Antworten an den Präsidenten auf den Boden seiner Botschaften gestellt hat, ist man auch entschlossen demgemäss zu handeln." Die Antwort, besonders an H.P. Hanssen gerichtet, lautete: „Wenn der Herr Abgeordnete Hanssen behauptet, dass wegen der nordschleswigschen Landesteile aus dem Prager Frieden her ein positiver Rechtsanspruch auf eine Volksabstimmung bestünde, so muss die Regierung diese Rechtsauffassung als irrtümlich bezeichnen. Denn der Prager Frieden schuf nach dem geltendem

18 Zitat nach Fink: Sønderjylland delt I, S. 53.

H a n s s e n , Abgeordneter:

M. H., der Reichsknazler hat in seiner ersten Programmrede feierlich erklärt, dass er einen dauernden Frieden für die gesamte Menschheit, dass er einen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung wolle. Und "Die Rechtsfrage", hat er gestern hinzugefügt, "macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden. Die Sätze, die wir als für uns massgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes."

Der Herr Reichskanzler hat sich weiter bereit erklärt, die Kongressbotschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 und das in seinen späteren Kundgebungen aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen anzunehmen.

Zum Programm des Präsidenten Wilson gehört vor allem die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das Deutschland, wie der H. Reichskanzler erneut vor einigen Tagen in seiner Rede an das Präsidium der litauischen Taryba feststelle, anerkannt hat. Und im Punkt 4 seiner Programmrede vom 12. Februar erklärt der Präsident, dass"alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen."

M. H! Jede Zweideutigkeit in internationalen Fragen muss jetzt, wie Kollega Naumann gestern ausführte, vermieden werden. Der Ernst der Stunde fordert eine klare und offene Sprache. Unter Hinweis auf den vorerwähnten Standpunkt des Herrn Reichskanzlers sowie des Präsidenten Wilson fordere ich als Vertreter der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrages zu Prag und damit bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen schluss die endgültige Lösung der norschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der

Völkerrecht Ansprüche nur zwischen den Vertragsteilen, und diese Ansprüche sind, was den Artikel 5 anlangt, durch die Vereinbarung vom Jahre 1878 aufgehoben. Das ist von der dänischen Regierung durch den sogenannten Optantenvertrag vom Jahre 1907 anerkannt."[19]

Mir der in sehr allgemeiner Weise formulierten Zusage, den Punkten Wilsons nachzukommen und gleichzeitig der präzisen Verweigerung der Anrechte der Nordschleswiger auf eine Abstimmung nach Artikel V, könnte Dr. Solfs Rede leicht den Eindruck vermitteln, dass die deutsche Regierung die Forderungen H.P. Hanssens abwies. Um dies zu verhindern, sandte Dr. Solf seinen Unterstaatssekretär, den Sozialdemokraten Dr. David, zu H.P. Hanssen mit der vertraulichen Präzisierung, dass die Zusage der Regierung über die Annahme der Grundsätze des Wilson-Programmes auch für Nordschleswig gelten würde. Man wolle nur bestreiten, dass man von dänischer Seite einen juristischen Anspruch geltend machen könne. Die Regierung werde die gleiche Information der dänischen Regierung zukommen lassen.[20] Dies war sehr beruhigend und H.P. Hanssen bedankte sich, aber er hatte das Problem, dass er diese Präzisierung nicht seinen Wählern in Nordschleswig vermitteln konnte. Darum war er in der folgenden Zeit bestrebt, eine mehr offizielle, präzise und verbindliche Erklärung von der deutschen Regierung zu erhalten.

Es taucht unmittelbar die Frage auf, ob H.P. Hanssen nicht hätte voraussehen können, dass die deutsche Regierung den Nordschleswigern das Recht auf eine Abstimmung nach Artikel V verweigern würde. Warum gab er dem Artikel einen solch herausragenden Platz in seiner Rede? Eine Antwort darauf könnte sein, dass er es für notwendig hielt, mit dieser besonderen nordschleswigschen Bestimmung zu argumentieren, weil die schleswigsche Frage nicht in Wilsons 14 Punkten ausdrücklich erwähnt wurde. Jedenfalls kam er da nicht sehr glücklich davon. Es passt viel besser, dass H.P. Hanssen seine nordschleswigschen Wähler ansprechen wollte, besonders die, die vor 1914 seiner Politik gegenüber kritisch eingestellt waren und sich eine stärkere Betonung des Rechtsstandpunktes wünschten.

Der Aufruf der dänischen Vereine am Beginn des November 1918. Nach der Ansprache im Reichstag fuhr H.P. Hanssen auf drei Gleisen. Erstens versuchte er, wie schon erwähnt, eine präzise und bindende Erklärung der Regierung zu bekommen, dass in Nordschleswig ebenfalls eine Abstimmung durchgeführt werde. Zum Zweiten hat er die interne dänische Diskussion der Grenzfrage vorangetrieben. Zum Dritten hat er aufmerksam auf Anzeichen einer deutschen Gegenreaktion in Nordschleswig geachtet. Die bevorstehende deutsche Niederlage und die Wiederaufnahme der Grenzfrage kamen wie ein Schock für die deutschgesinnten Nordschleswiger. Die Neugründung „Deutscher Ausschuss für das Herzogtum Schleswig" am 31. Oktober 1918 in Flensburg wurde zu ihrem Sprachrohr.

Linke Seite:
Abb. 2: Reichstagsrede 1918: Manuskript zur Rede H.P. Hanssens im Reichstag am 23. Oktober 1918. Rigsarkivet Åbenrå, H.P. Hanssens arkiv nr. 272/158

19 Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal I, S. 382. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 115f.
20 Hanssen: Grænsespørgsmålet, S. 27.

Um der Forderung nach Volksabstimmung weiterhin Nachdruck zu verleihen, initiierte H.P. Hanssen eine Unterschriftensammlung mit einem Aufruf an die Regierung. Er formulierte den folgenden Text: „Am 24. Oktober erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf feierlich im Reichstag: ‚Nachdem wir das Wilson-Programm als Grundlage des Weltfriedens angenommen haben, wollen wir es nach allen Seiten hin und in allen Punkten loyal und im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen.' Im Hinblick auf diese Zusage fordern die unterzeichnenden nordschleswigschen Organisationen den Reichskanzler und die Reichsleitung eindringlich auf, bei den vorstehenden Friedensverhandlungen die nordschleswigsche Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu lösen."[21]

Wegen des herrschenden Zeitdruckes vermied H.P. Hanssen einen Massenaufruf zu Gunsten eines Antrages von sämtlichen dänischen Organisationen. H.P. Hanssen betonte in seinem Wochenbericht an den Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins vom 1. November: „Es sollten also nicht nur die nationalen Vereine und Zentralverbände unterzeichnen, sondern genauso unsere Gesellschaftsvereine, lokale Landwirtschaftsvereine, Frauenvereine, Banken, Sparkassen usw. desto mehr, desto besser. Es geht um die Massen, mit einer nach außen gerichteten Wirkung. Mit diesem Aufruf wollen wir eine breite Aufmerksamkeit erreichen und die Frage erneut in die Debatte einbringen. Die Polen führen eine Parallelaktion durch." H.P. Hanssen sah voraus, dass einige Vereine zurückhaltend bei einer politischen Profilierung sein könnten: „Wir müssen mit krankhaften Bedenken und kleinkarierten, kleinlauten Einwänden rechnen. Aber die sollten zur Seite gefegt und überwunden werden. Es ist eine revolutionäre Zeit. Es gibt ganze Reiche, die in sich zusammenstürzen und die ‚Kronen rollen die Straßen hinunter', wie es so vor ein paar Tagen hier im Reichstag gesagt wurde. Alte Verordnungen und Gewohnheiten, die Vereine und Geschäftsbereiche der Gesellschaften betreffen, müssen deshalb über Bord geworfen werden. Unser Schicksal liegt nur in unserer eigenen Hand, mit der Verantwortung für die Zukunft der unsrigen, unserer Kinder und Enkel, und die unseres Landesteiles. Das Eisen muss geschmiedet werden, solange es heiß ist. Es muss gehandelt werden, gehandelt, gehandelt!"

Wie das alles organisiert werden sollte, hatte H.P. Hanssen näher beschrieben, so dass der Aufruf am 12. November in den Druck gehen konnte, mit den Namen der Organisationen auf der Vorderseite der dänischen Zeitungen.[22] Die Vertrauensmänner des Wählervereins hatten viel zu tun. Am vereinbarten Datum erschien der Aufruf, dem sich 300 Vereine aus den einzelnen Gemeinden und Dörfern anschlossen, die unter vielen anderen von den 16 großen nationalen Vereinen und Wirtschaftsorganisationen bis zu den Vereinshäusern, geselligen Vereinen, Abstinenzvereinen und Landmaschinengenossenschaften reichten.[23] Der Appell war ein Monument der aufblühenden Vereinskultur der dänischen Nordschleswiger unter der

21 Gedruckt bei Hanssen: Grænsespørgsmålet, S. 38. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 233f.

22 Gedruckt bei Lausten-Thomsen: Bogen om H.P. Hanssen, S. 162-166.

23 Gedruckt bei Hanssen: Grænsespørgsmaalet S. 57-64.

deutschen Regentschaft und damit auch für die Bemühungen H.P. Hanssens für die Organisierung der dänischen Bewegung.

H.P. Hanssens Erwägungen zur Grenzfrage am 8. November 1918. H.P. Hanssens Wochenbericht vom 8. November 1918 an den Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins war ein Echo der deutschen Revolution, die von Kiel ausgehend schon am 3. November Berlin beeinflusste und dort am 9. November ihren Siegeszug antrat. Als Philipp Scheidemann etwa 2 Uhr nachmittags vom Westbalkon des Reichstages die deutsche Republik ausrief, stand H.P. Hanssen neben ihm und hielt ihn am Rockzipfel fest, als er auf die Balustrade des Balkons stieg, um vom Publikum besser gehört zu werden.[24] Damit wurde H.P. Hanssen sowohl Helfer als auch Augenzeuge für dieses epochale Ereignis deutscher Geschichte, das zum Verzicht Kaiser Wilhelms auf die Kaiser- und Königswürde führte.

Die Revolution in Deutschland hat den Zeitpunkt eingeleitet, an dem die dänischen Nordschleswiger ihre Forderungen für eine Abstimmung präzisieren mussten. Dazu schrieb H.P. Hanssen: „Die Zeit der Entscheidung kommt deshalb mit großen Schritten näher. Damit haben wir den Zeitpunkt erreicht, wo wir einen klaren Standpunkt in Grenzfragen einnehmen sollten." Andere waren schon in Gang, zum Beispiel die Befürworter einer Grenze an der Eider oder beim Danewerk, mit und ohne Abstimmung, sowie der deutsche Ausschuss, der eine einheitliche Abstimmung in ganz Schleswig forderte, die eine deutsche Mehrheit bedeuten würde. „Um diesen Bemühungen zu begegnen", glaubte H.P. Hanssen, „müssen wir versuchen, mit Hinsicht auf die nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen, alle Dänen im vereinten Bestreben zu sammeln, um unsere Forderungen mit einer unwiderstehlichen Haltung vorzutragen."

Hanssen machte danach einen konkreten Vorschlag, zu dem die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder des Wählervereins Stellung nehmen sollten. Zuerst zog er eine Grenzlinie: „Ich halte daran fest, daß wir zunächst Nordschleswigs Südgrenze festlegen müssen, die als künftige Landesgrenze gewisse geographische Ansprüche erfüllen soll". Dabei ist er nicht näher darauf eingegangen, aber er hatte sicher die Linie im Blick, die H.V. Clausen schon 1901 im Haandbog i det nordslesvigske Spørgsmaals Historie zog und die von der Westküste südlich von Højer bis genau westlich von Fröslee ging, wo das vorübergehende Ende war – die sogenannte Clausenlinie. Diese Linie ging durch recht menschenleere Gebiete, die von Marsch und Weiden, wie auch Heide und Moor geprägt waren und zwischen den Gebieten nördlich und südlich der Linie von kleinen Verbindungswegen durchzogen waren. Es lag nun an H.P. Hanssen, die Linie hindurch bis zur Ostküste zu führen: „Diese Grenze ziehe ich von der Südspitze Alsens in die Flensburger Förde bis in die Bucht von Kupfermühle. Von dort mit dem Wasserlauf des Tales der Krusau in einem Bogen nach dem Bahnhof Pattburg, der Grenzstation wird und durch Umbau so gelegt werden muß, daß er wie der Bahnhof Hvidding[25] die Grenze bildet. Von Pattburg verläuft die

24 Hanssen: Krigstiden II, S. 381.

25 Der Bahnhof Hvidding südlich von Ripen war bis 1920 die Grenzstation der Westküstenbahn.

Grenze südlich um Fröslee und von dort in nordwestlicher Richtung hinüber zum Scheidebach, dem sie zur Süderau folgt, weiter zur Wiedau bis zur letzten scharfen Wendung nach Norden. Von dort geht sie gerade nach Westen hinaus an die Nordsee und hinauf um die Nordspitze von Sylt." H.P. Hanssen nahm also das Kirchspiel Bau und das dänisch gesinnte Dorf Fröslee im Kirchspiel Handewitt mit auf – die Stadt Flensburg aber nicht.

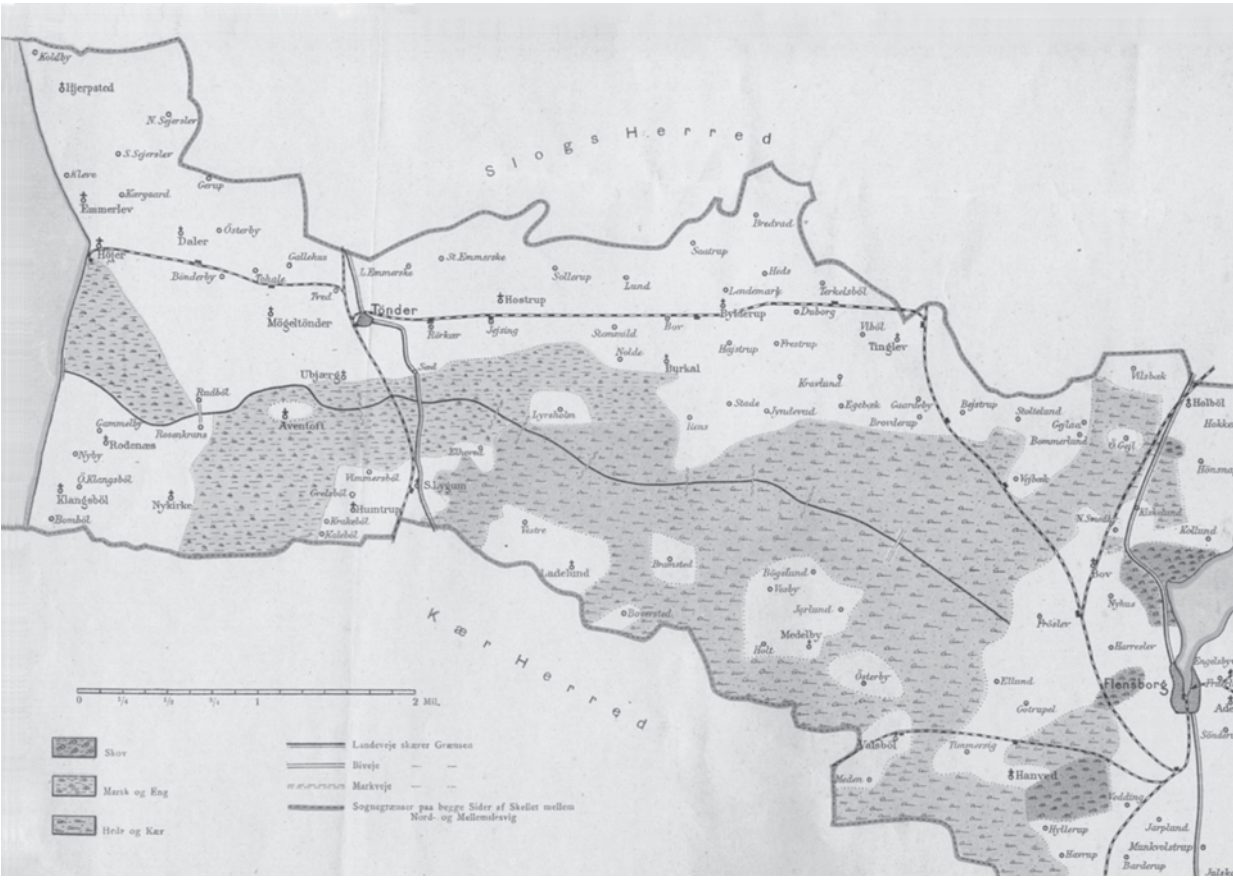
Danach kam er zu den Abstimmungsmethoden: „Wenn diese Grenze als Nordschleswigs Südgrenze anerkannt wird, bildet Nordschleswig eine Einheit die als Ganzes mit einem Ja oder Nein stimmt und damit entscheidet, ob Nordschleswig an Dänemark abgetreten werden oder bei Deutschland bleiben soll. Das ist nach meiner Meinung ein klarer Standpunkt, der sowohl in guter Übereinstimmung mit dem bisher von uns gestellten Anspruch steht als auch mit der starken Losung dieser Zeit: Gerechtigkeit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker." Der historische Artikel V und Wilsons aktuelles Friedensprogram zur gleichen Zeit verbunden.

Mit der bereits im Voraus festgelegten Nordschleswiger Südgrenze und einer En-bloc-Abstimmung für den ganzen Landesteil, wünschte sich H.P. Hanssen ein sogenanntes Sanktionsplebiszit, in dem die Volksabstimmung eine Linie bestätigen sollte, die bereits gezogen war. Die Alternative war ein Definitionsplebiszit, wo die Grenzlinie aus derselben Abstimmung hervorging, die in kleineren Distrikten vor sich ging.[26] Dies hielt H.P. Hanssen offenbar für zu riskant. Jedenfalls leuchtete es ihm ein, dass in Tondern und Hoyer eine klare deutsche Mehrheit entstehen würde und diese zwei Städte ausschließlich durch eine En-bloc-Abstimmung in einem Zug für Dänemark gesichert werden könnten.

Dagegen traute sich H.P. Hanssen nicht, die En-bloc-Abstimmung nach Flensburg auszudehnen. Er meinte, dass sein Vorschlag weit genug ging: „Wenn wir diese Grenze erreichen, werden wir in der Gegend von Lügumkloster, in der Schluxharde[27] und in den Städten, besonders in Tondern, einige Deutsche innerhalb der Grenzen des Reiches haben, aber doch nicht mehr, als wir im Laufe einiger Menschenalter assimilieren können. Erhalten wir dagegen die Stadt Flensburg mit, ist es unverdaulich, und wir müssen mit einem ständigen deutschen Sprachgebiet innerhalb der Grenzen des Reiches rechnen, das unsere gesamte nationale Zukunft unsicher macht. Hinzu kommt außerdem, daß, wenn Flensburg mit dem übrigen Nordschleswig zusammen stimmen sollte, es mit seinen 65 000 Einwohnern die dänische Mehrheit ziemlich stark vermindern würde und möglicherweise, da vieles darauf hinweist, daß die Sozialdemokraten deutsch stimmen werden, die Mehrheit in eine Minderheit verwandeln könnte." H.P. Hanssen stellte hier zuerst fest, das Deutsch die dominierende Sprache in Flensburg sei, während die deutschgeprägten Gebiete in Nordschleswig im Gegenzug dänisch, das heißt südjütisch sprechend seien und langfristig die deutsche Sprache die Integration in Dänemark hemmen würde. Danach hat er

26 Lorenz Rerup: Den territoriale selvbestemmelsesret, in: Scandia Bd. 35, Lund 1969, S. 151f.

27 Die Kirchspiele Hostrup, Hoist, Rapstedt, Bülderup, Buhrkall und Tingleff.



befürchtet, dass eine zu erwartende deutsche Mehrheit in Flensburg die dänische Mehrheit in Nordschleswig aufwiegen werde, falls die Stadt zu dem Gebiet kommt, das en bloc abstimmen sollte. In Anbetracht des Ausgangs der Reichstagswahl 1912 gab es dafür ein reelles Risiko.

H.P. Hanssen sagte eindringlich: „Es gilt deshalb, daß wir uns unserer Verantwortung bewußt sind und nicht unser klares Urteil verlieren. Wir sollten uns in diesem entscheidenden Augenblick nicht durch Gefühle und Stimmungen verleiten lassen, die wir alle hegen, aber die, wie berechtigt sie im Grunde auch sein mögen, doch Irrlichter in der Politik sind. Die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern, gegenüber der nordschleswigschen Bevölkerung, gegenüber Volk und Vaterland möge hier unsere Gefühle zähmen, so daß sie uns nicht in die Irre führen."[28] Es war der Realpolitiker, der hier seine nordschleswigschen Landsleute ermahnte.

In einem separaten Brief an den zweiten Vorsitzenden des Wählervereins Peter Grau, der die Stelle des kranken Vorsitzenden J.N.H. Skrumsager vertrat, vertiefte H.P. Hanssen seine Ablehnung zur Eingliederung Flensburgs in das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet: „Es tut weh Flensburg preiszugeben, aber wir sollten die Verhältnisse nüchtern ansehen. Gustav Johannsen, ein genauer

Abb. 3: Die Clausen-Linie vom Jahre 1901. Aus: Haandbog i det nordslesvigske Spørgsmaals Historie, 1901.

28 Gedruckt bei Lausten-Thomsen: Bogen om H.P. Hanssen, S. 166-169 und Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 48-51. Übersetzung hauptsächlich nach Der nationale Gegensatz 1864-1914, S. 120, 122.

Kenner der Stadt, hatte sie schon 1896 preisgegeben, als ich sein Kollege im Landtag wurde. Wir müssen mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen: dass das Dänentum in Flensburg von einer aus Nordschleswig eingewanderten Kolonie repräsentiert wird, dass der dänische Reichstag und die dänische Regierung, mit Rücksicht auf die Zukunft des Landes, sich nicht traut, eine südlichere Grenze anzunehmen, dass wir nicht mehr Deutschtum in Dänemark haben wollen, als wir in einer überschaubaren Zukunft integrieren können, um uns vorwiegend in der entscheidenden Stunde davor zu hüten, uns in Widerspruch mit der starken Losung der Zeit zu stellen, gerechte Grenzregulierung in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes! Ich glaube, dass wir diese Grenze erreichen können, und keine südlichere Grenze – natürlich von einzelnen Dörfern abgesehen – würde uns eine sichere nationale Zukunft geben."[29] Als zusätzliche Argumente trug er vor, dass es dabei ein Kennzeichen der schwachen Stellung des Dänentums in Flensburg sei, dass die dänischen Leiter der Stadt aus dem Norden kämen. Des Weiteren die Haltung der dänischen Regierung und des Reichstages, die in einer Resolution ihren Ausdruck fand, und die mit großer Mehrheit von beiden Kammern am 23. Oktober 1918 angenommen wurde, wobei alle anderen Lösungsmodelle neben dem Nationalitätsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes abgelehnt wurden.[30] Und abschließend eine ethisch basierte Argumentation für die Gerechtigkeit. Aber auch bemerkenswert ist, dass H.P. Hanssen einen kleinen Spielraum im Bezug zur festgelegten Grenzlinie offen ließ – und es dauerte nicht lange, bis Peter Grau diese Gelegenheit ausnutzte.

H.P. Hanssen sandte einen Brief mit einen nachträglichen Bescheid an Peter Grau, um den Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins, samt der Stellvertreter, zu einer Versammlung im Folkehjem in Apenrade am Samstag den 16. November einzuberufen. Dazu am Sonntag den 17. November an gleicher Stelle eine Volksversammlung zu verkünden, wo die Forderung nach Wiedervereinigung der Öffentlichkeit vermittelt werden sollte.

Um dem Wählerverein die beste mögliche Entscheidungsgrundlage zu geben, schrieben auch die zwei Landtagsabgeordneten ein Gutachten zur Grenzfrage. Was Nis Nissen betraf, kam es nur zu der Erklärung, dass er sich H.P. Hanssens Expertise anschloss, weil Verspätungen auf der Reise nach Berlin ihn am Schreiben derselben hinderten. Das Gutachten von H.D. Kloppenborg-Skrumsager lag im Wesentlichen auf der Linie von H.P. Hanssen.[31]

Danach wurden die Gutachten auf den regionalen Treffen der Aufsichtsratsmitglieder an den Tagen vom 10. bis 13. November behandelt. Im Kreis Sonderburg gaben 16 Anwesende ihre Zustimmung für die Expertise der Parlamentarier mit einem wichtigen Zusatz ab: „Wir halten es für selbstverständlich, dass wenn angrenzende Distrikte südlich der Grenzlinie in einer separaten Abstimmung den Wunsch zum Anschluss an Dänemark äußern, diese genauso das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nehmen können." Unter den

29 Gedruckt bei Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 52f.

30 Gedruckt bei Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal II, S. 21.

31 Gedruckt bei Hanssen: Grænsespørgsmaalet S. 45-48, 52.

Unterzeichnern war Peter Grau und man kann sich kaum irren, wenn man annimmt, dass er der Urheber der Resolution war. Im Kreis Tondern glaubte die Hälfte der 20 Aufsichtsräte und Vertrauensleute, dass sie im vornherein bei der Festlegung einer Abstimmungsgrenze nicht dabei seien. In den Kreisen Hadersleben und Apenrade gab es zweifelsfrei Anhänger der Gutachten, während die Leute im Kreis und der Stadt Flensburg sehr enttäuscht waren und sich mit niedergeschlagenen Gemütern trennten. Hierbei riefen sie zu einer großen Versammlung am 15. November auf, wo 250 Teilnehmer den Wählerverein in einer Resolution darum ersuchten, „daß kein Teil oder keine Teile unseres Volkes von vornherein davon ausgeschlossen sein werden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben."[32] Die Zustimmung für die Gutachten der Parlamentarier war nicht so einstimmig. Es konnte dazu kommen, das H.P. Hanssen Zugeständnisse machen musste, um eine Einheit im Wählerverein herbeizuführen.

Dr. Solfs Brief vom 14. November 1918. H.P. Hanssen versuchte in den Tagen vom 10. bis 13. November in Berlin eine offizielle deutsche Zusage über eine neue deutsch-dänische Grenze auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu erreichen. Dieses Bemühen wurde gleichzeig erleichtert und erschwert dadurch, dass die Revolution neue Männer an die Macht gebracht hatte. Erleichtert, weil die neuen Führer Sozialdemokraten waren, zu denen H.P. Hanssen jahrelang ein gutes Verhältnis hatte und die generell diese Lösung billigten. Erschwert, weil sie in erster Linie besonders damit beschäftigt waren, ihre Macht in Deutschland zu festigen. Um den richtigen Zugang zu den neuen Machthabern zu finden, ging H.P. Hanssen bei seinen Verbindungen von Tür zu Tür und auch zu Dr. Solf, der, wie die meisten der alten Staatssekretäre, seinen Posten als Leiter des deutschen Außenministeriums behielt. Hanssen kam weit voran. Er erreichte am 13. November ein Treffen mit dem Reichstagsabgeordneten und Mitglied im Rat der Volksbeauftragten Hugo Haase von den unabhängigen Sozialdemokraten (USPD). Haase gab H.P. Hanssen die Zusage über die gewünschte autoritative Erklärung von Solf. Es musste aber schnell geschehen, die Erklärung in die Hände zu bekommen. Der Tag des entscheidenden Treffens im Folkehjem kam schnell näher.[33]

Die Hilfe kam von unerwarteter Seite. Spät am Abend des 12. November kam Aage Friis nach Berlin.[34] Das war einen Monat später als mit Zahle ursprünglich abgesprochen. Aber jetzt glaubte Friis, dass er reisen musste, um H.P. Hanssen über die Meinung der Kopenhagener Regierung zu informieren. Diese war inzwischen, dass die dänischen Nordschleswiger die Grenzfrage selbst regeln und sich selbst an die alliierten Mächte wenden sollten.[35] Es stand zwischen den Zeilen, dass die dänische Regierung damit eine unvermeidlich deutschfeindliche Handlung vermeiden konnte. Die Reise war im Vorfeld mit Erik Scavenius abgesprochen, aber Friis ging nicht als Repräsentant der dänischen Regierung nach Berlin. Die

32 Fink: Sønderjylland delt I, S. 67, Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal II, S. 34, 37, 42. Übersetzung nach Der nationale Gegensatz 1864-1914, S. 122.
33 Hanssen: Krigstiden II, S. 388, 391f, 394f, 398-401. https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_der_Volksbeauftragten (Stand 31.10.2017).
34 Aage Friis: En Rejse til Berlin i November 1918, in: Tilskueren 1921, S. 289-305.
35 Friis: Rejse til Berlin, S. 290.
36 Siehe auch Bjørn Svensson: Det skjulte spil, in: Sønderjyske Årbøger 1992, S. 209-234. Makoto Murai: Historiker i politik. Fornyede overvejelser over Dr. Solfs brev af den 14. november 1918, in: (Dansk) Historisk Tidsskrift Bd. 106:1, 2006, S. 264-294.

neue deutsche Regierung betrachtete ihn dennoch als einen inoffiziellen Regierungsgesandten.[36]

Nach dem schon erwähnten Treffen von H.P. Hanssen mit Haase am 13. November vereinbarte er mit Friis, das er sowohl Haase sowie Dr. David aufsuchen sollte, der wie schon erwähnt Unterstaatssekretär bei Solf war, um die Erklärung endlich unter Dach und Fach zu bekommen. Friis kannte Dr. David von früher. Nach vielen Anrufen gelang es Friis am Mittag des 14. November bei David vorgelassen zu werden. Es war nicht schwer ihn zu überzeugen. Zusammen gingen sie zu Dr. Solf. Er fragte Friis, welchen Grenzverlauf sich die dänischen Nordschleswiger vorstellten. Friis zeichnete die Linie südlich von Tondern, nördlich von Flensburg bis zur Flensburger Förde und südlich von Alsen auf eine Karte. Solf akzeptierte, in Bezug auf Tondern und Sonderburg nach einigem Zögern. Er schlug ein direktes deutsch-dänisches Abkommen vor, was Friis als zu spät abwies. Solf war damit einverstanden die Erklärung abzugeben. Dabei ging es um die richtige Form. Friis schlug vor, das diese in einem Brief als Antwort zum Appell der dänischen Vereine abgehen sollte, der gerade in den dänischen nordschleswigschen Zeitungen veröffentlicht wurde. Und so geschah es dann auch. Die Erklärung ging am 14. November in Form eines Briefes an H.P. Hanssen, mit dem Wortlaut in der zentralen Passage: „Die deutsche Regierung steht demnach auf dem Standpunkt, daß auch die nordschleswigsche Frage gemäß dem Friedensprogramm des Präsidenten Wilson auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der in Betracht kommenden Bevölkerung zu lösen ist."[37] H.P. Hanssen bekam die endgültige Formulierung in die Hände, als Friis sie bei einem Abendessen um halb acht abends übergab. Am gleichen Abend um halb elf nahm H.P. Hanssen den Zug nach Apenrade. Jetzt war alles klar für die Versammlung im Folkehjem.

Die Versammlung im Folkehjem am 16. und 17. November 1918. Die Heimreise von Berlin war recht chaotisch in überfüllten Zügen und mit langer Wartezeit in Hamburg. Erst am Freitagabend um 9 Uhr kam er in Begleitung von Kloppenborg nach Apenrade. Auf der letzten Bahnstrecke von Rothenkrug nach Apenrade traf er den Grafen O.D. Schack und Anders Lebeck, die jeweils von den Unstimmigkeiten unter den Vertrauensleuten im Kreis Tondern in Grenzfragen und von einem Treffen berichteten, das mehrere Mitglieder des Aufsichtsrates des Kreises Hadersleben in Hejls mit Vertretern der Danewerk-Bewegung aus Kopenhagen hatten. Sie wünschten sich noch vor der Vorstands- und Aufsichtsratsversammlung ein Treffen mit H.P. Hanssen. Am nächsten Morgen meldete auch eine Deputation aus Flensburg ihr Eintreffen. Im Großen und Ganzen gab es kein Anzeichen für eine Einigung bei der Versammlung im Folkehjem.[38]

Die Deputation aus Flensburg kam um 10 Uhr. Sie bestand aus dem Advokaten Ravn, dem Grossisten Jens Paulsen, Hofbesitzer P. Budach, dem Journalisten Andreas Grau und Hofbesitzer Peter Grau. Sie wünschten sich eine Abstimmung in den einzelnen Dis-

37 Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal I, S. 40f. Übersetzung nach Der nationale Gegensatz 1864-1914, S. 118.
38 Hanssen: Krigstiden II, S. 406f.

trikten des gesamten alten Herzogtums Schleswig. H.P. Hanssen hielt an seiner Meinung fest, aber versprach gleichzeitig, dass von seiner Seite kein Versuch des „Terrors oder der Überrumpelung welcher Art" unternommen würde. Die Deputation konnte ihren Vorschlag der Versammlung unterbreiten. Es sollte eine Resolution angenommen werden, sie sollte aber erst nach zwei Lesungen zur Abstimmung vorgelegt werden, mit der Option eines Minderheitenvotums, das H.P. Hanssen mit der Mehrheitsresolution an die dänische Regierung senden würde. Die Deputation vom Landkreis Hadersleben kam um 11 Uhr und bestand aus dem Direktor L. Christensen von der Wassermühle und dem Kaufmann Valdemar Schmidt, beide aus Hadersleben. In Hejls hatten sie erfahren, dass die Alliierten die Grenzen festlegen sollten und diese weiter südlich verlaufen sollte, als die drei Parlamentarier vorgeschlagen hatten. Die Danewerkleute befürchteten, dass die Regierung eine deutschfreundliche Politik führen wollte. Da konnte H.P. Hanssen sie beruhigen. Diese würde ausschließlich eine dänische Politik führen.[39]

Samstagmittag um 12 Uhr begann die Versammlung im Folkehjem.[40] Die Teilnehmer bestanden aus dem Vorstand des Wählervereines, dem Aufsichtsrat und den Stellvertretern des Aufsichtsrates samt den Ehrenmitgliedern des Vereines, dem früheren Landtagsabgeordneten Julius Nielsen und den drei Parlamentariern, im Ganzen 59 Personen. Peter Grau, der amtierende Vorsitzende, eröffnete die Versammlung. Danach gab H.P. Hanssen einen Bericht zur Weiterentwicklung der Grenzfrage seit dem letzten Treffen in Flensburg. Gemäß dem Stichwortreferat von Anders Lebeck war seine Schlussfolgerung: „Wir wünschen uns, dass die Friedenkonferenz entscheidet". Dies brachte Advokat Johannes Andersen aus Haderslev zu der Frage: „Bekommen wir überhaupt eine Abstimmung oder ist das die Sache der Entente", worauf H.P. Hanssen antwortete: „Wilsons Selbstbestimmungsrecht wird sicher bei der Friedenskonferenz berücksichtigt. D[äne]m[ark] wird nicht jede Grenze akzeptieren. – Scavenius. Es geht nicht um eine deutschfreundliche oder der Entente freundlichen Politik, sondern um eine dänische Politik".[41]

Der dritte Punkt der Tagesordnung stand im Mittelpunkt der Versammlung: die Diskussion der Grenzfrage. H.P. Hanssen begann mit der Unterbreitung seines Vorschlags einer En-bloc-Abstimmung im Gebiet nördlich der Linie südlich von Tondern und nördlich von Flensburg in Übereinstimmung mit dem Gutachten vom 8. November. Er argumentierte laut Lebeck wie folgt: „Im gesamten Abstimmungsgebiet wird entweder ja oder nein gestimmt. Kleine Distrikte ergeben eine krumme Grenze, und im Westen ist Tondern verloren oder vielleicht das Kirchspiel Bau im Osten."[42] Er verknüpfte den Vorschlag mit einem Entwurf einer Resolution, die man, um Einigkeit anzustreben, den Rest des Samstages diskutieren werde, um sie dann am folgenden Vormittag zur zweiten Lesung vorzulegen. Am Sonntagmittag sollte die Abstimmung bei namentlichem Aufruf erfolgen. H.P. Hanssen erwähnte die Möglichkeit, mit einem Minderheitenvotum zu stimmen.

39 Ebenda S. 407f. Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 72f.

40 Hier wird die Rekonstruktion Harald Jørgensens zu Grunde gelegt: Åbenråresolutionens tilblivelse. En kildekritisk undersøgelse, in: Afhandlinger tilegnede arkivmanden og historikeren rigsarkiver, dr.phil. Axel Linvald, København 1956, S. 187-204, besonders S. 198-202. Die Tagesordnung bei Hanssen: Krigstiden II, S. 397f. Später ist das Protokoll Anders Lebecks ans Tageslicht gekommen, Rigsarkivet Aabenraa (RAÅ), Lebecks arkiv Nr. 462/17.

41 RAÅ, Lebecks arkiv 462/17.

42 Ebenda.

Die Diskussion des Vorschlags H.P. Hanssens für eine Resolution zog sich lange hin. Die Details sind unbekannt, aber ohne Zweifel ging es recht bald um den Vorschlag des Kreises Sonderburg für eine Abstimmung in Mittelschleswig mit dem Befürworter Peter Grau, dem auch andere darin folgten. Dazu gibt es einen Tagebucheintrag von H.P. Hanssen: „Der Vorschlag vom Landkreis Sonderburg, über die Abstimmung in den benachbarten Distrikten, wurde unmittelbar von mir empfohlen und gewann generelle Zustimmung."[43] Lebecks Referat zufolge sagte Hanssen bereits vor der Diskussion: „Selbstverständlich dürfen die Distrikte südlich dieser Grenze gerne auch wählen."[44] H.P. Hanssen hatte sicher eingesehen, dass er dieses Zugeständnis machen musste, um die Resolution mit einer großen Mehrheit zu beschließen. Dies war auch in historischer Hinsicht ein schlaues Eingeständnis. Das schwächte die Grundlage von Mythen, wonach die dänisch gesinnten Nordschleswiger ihre mittelschleswigschen Genossen von einer Wiedervereinigung ausschließen wollten. Ein solcher Eindruck konnte nur bei Leuten entstehen, die über die lokalen Verhältnisse nicht ausreichend informiert waren. In der Realität hatte man dänischerseits mit der Forderung nach einer En-bloc-Abstimmung in ganz Nordschleswig den Bogen schon reichlich gespannt. Für H.P. Hanssen war die En-bloc-Abstimmung ein Hebel, um die national gemischten Gemeinden in der Schluxharde und den überwiegend deutschen Gebieten um Tondern für Dänemark zu sichern, um dem Land eine haltbare Grenze zu geben. Es war dagegen nicht die Absicht, die Stadt Flensburg und Umgebung auszuschließen. Dies betonte er bei seinem Zugeständnis. Schließlich war dieses Entgegenkommen keinerlei Kompromiss mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage der Grenzziehung; vielmehr wurde dessen Grundlage damit erweitert. Da die Abstimmung in den benachbarten Gebieten in kleineren Distrikten erfolgen sollte, kann man hier von einem Definitionsplebiszit sprechen.

Mit seinem schnellen Zugeständnis war H.P. Hanssen voller Hoffnung, damit anderen und weitergehenden Vorschlägen den Atem zu nehmen. Das verhinderte aber keinesfalls, dass solche Vorschläge vorgetragen wurden; diese bekamen aber nur bescheidene Zustimmung. Repräsentanten aus Flensburg schlugen zuerst vor, dass in ganz Schleswig gewählt werden sollte und die Grenze erst nach der Wahl gezogen würde. Dieser Vorschlag erreichte keine breite Zustimmung. Von dort schlug man vor, dass Flensburg und Glücksburg innerhalb des Gebietes mit einer En-bloc-Abstimmung liegen sollten. Dies wurde sofort niedergestimmt, da nur die Flensburger selbst und der Bankdirektor Rossen dafür stimmten, wurde aber als Minderheitenvotum zur Resolution weitergeleitet. Des Weiteren schlug der Hofbesitzer N.J. Gotthardsen eine Abstimmung in kleineren Distrikten bis zur Linie Schlei-Danewerk-Friedrichstadt vor, also nicht so weit gen Süden wie beim Flensburger Vorschlag. Es ist nicht offiziell bekannt, wieviel Stimmen dieser Vorschlag bekam; Gotthardsen selbst meinte 10 bis 12, also weit von der Mehr-

43 Hanssen: Krigstiden II, S. 408.
44 RAÅ, Lebecks arkiv 462/17.

Abb. 4: Der Vorstand und der Aufsichtsrat des dänischen Wählervereins 1918 - die Entscheidungsträger. Foto: Museum Sønderjylland – ISL

heit entfernt. Es gab auch keine Zustimmung zum Vorschlag einer Erweiterung des En-bloc-Wahlgebietes hinunter bis zur Soholmer Au; im Gegenteil argumentierte man in der Versammlung, dass dies nur zum Verlust von Tondern, Hoyer und eventuell auch Teilen der Schluxharde führen würde, die natürliche Teile von Nordschleswig seien.

Kurz vor Abschluss der Verhandlung richtete der Advokat Ravn einen schriftlichen Antrag an den Verhandlungsleiter zu einer Wahl in den einzelnen Gemeinden von ganz Schleswig. Jetzt mit dem ausschließlichen Stimmrecht für Bewohner, die schon im Jahre 1864 im Landesteil wohnten, samt deren Nachkommen. Da der Vorsitzende ahnte, dass der Vorschlag auf wenig Zustimmung stoßen würde, hat man ihn nicht zur Wahl vorgelegt. H.P. Hanssens Resolutionsantrag wurde dagegen vorgelegt, mit einer zusätzlichen Anregung einer Wahl in den benachbarten Distrikten von Mittelschleswig. Dieser Vorschlag bekam Zustimmung von allen Seiten außer von Ravn und Budach, die sich der Stimme enthielten. Die Diskussion der Grenzfrage endete damit, dass er an den Redaktionsausschuss übergeben wurde, der aus dem Advokaten Ravn, Andreas und Peter Grau, sowie Nikolaj Svendsen und H.P. Hanssen bestand, die den Resolutionsvorschlag für die zweite Lesung am Sonntag aufpolieren sollten.

Damit war die Diskussion der Grenzfrage am Samstag vorbei. Aus Sicht H.P. Hanssens soll dieser Tagesverlauf zufriedenstellend gewesen sein. Es wurde ein Kompromiss gefunden, der einen beinahe einstimmigen Anschluss an seinen Resolutionsantrag sicherte. Das waren gute Aussichten für die Debatte am Sonntag.

Die Diskussion wurde am Sonntag fortgesetzt. H.P. Hanssens Tagebuch zufolge war er auf eine aufgeregte Sitzung eingestellt, aber aller Widerstand war gebrochen, als er im Folkehjem eintraf. Andreas Grau stellte einen Änderungsvorschlag, auf den H.P. Hanssen gleich einging. Der Inhalt ist unbekannt, aber es war ausschließlich ein redaktioneller. Aber davon abgesehen, konnte H.P. Hanssens Auslegung kaum Vertrauen erwecken. Es war einleuchtend, dass die Opposition aufs Neue einen Änderungsvorschlag einreichte. Lebecks Referat zufolge forderte der Advokat Ravn: „Wir wollen zu Nordschl[eswig] gerechnet werden."[45] Julius Nielsen schrieb an seinen Schwiegersohn H.V. Clausen wenige Tage später: „Am Sonntagmorgen trafen die Flensburger mit einer völlig veränderten Resolution ein. Nach Stunden der Verhandlung erklärte H.P. Hanssen, sich da nicht anzuschließen und weil die Flensburger daran festhielten, sollten sie ihre eigene Minderheitenresolution einreichen. Erst dann ergaben die Herren sich."[46] Das Protokoll bestätigt, dass der Advokat Ravn einen Vorschlag darlegte, der darum ging, dass „die benachbarten Distrikte das Recht einer gleichzeitigen Abstimmung für den Wiederanschluss an Dänemark bekommen, wenn überhaupt und in welchem Ausmaß diesbezügliche Wünsche anerkannt werden."[47]

Vielleicht erschienen da auch Vorschläge des N.J. Gotthardsen und dem Advokaten Johannes Andersen, die jedenfalls denen glichen, die vorgetragen wurden und am vorherigen Tag schon abgewiesen wurden. Der Landtagsabgeordnete Nis Nissen hielt sich dagegen an den Vorschlag der drei Parlamentarier und kritisierte, dass H.P. Hanssen am Vortag zu große Zugeständnisse machte, da er sich dem Vorschlag der Aufsichtsratsmitglieder im Landkreis Sonderburg anschloss. Dies war wahrscheinlich ein taktischer Zug, um ein Gegengewicht zum Änderungsvorschlag der Opposition zu schaffen. Der Zeitpunkt der öffentlichen Sitzung rückte näher. Ein Beschluss musste gefasst werden. Ein letzter Appell zur Einigkeit brachte die Minderheit dazu, sich der Mehrheit zu beugen. Die Abstimmung erfolgte mit namentlichem Aufruf in angespannter Stimmung. 61 Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates beschlossen folgende Resolution, die als die „Apenrader Resolution" Geschichte machte[48]:

1. Wir wünschen die nordschleswigsche Frage auf die Weise gelöst, daß Nordschleswig als ein ganzes aufgefasst wird, dessen Bevölkerung durch Abstimmung mit Ja oder Nein zu erkennen gibt, ob sie mit Dänemark vereinigt werden will.
2. Nordschleswig ist der Teil des Herzogtums Schleswig, der nördlich einer Linie liegt, die von der Südspitze Alsens in die Flensburger Förde bis zur Kupfermühlenbucht geht, das Krusautal ent-

45 RAÅ, Lebeck arkiv nr. 462/17.

46 Zitat nach Jørgensen: Åbenråresolutionen, S. 201.

47 Ebenda. Wird von Lebeck bestätigt.

48 Gedruckt bei Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 74-76. Übersetzung nach Der nationale Gegensatz 1864-1914, S. 124, 126.

lang, südlich von Fröslee, und zwar so, daß Pattburg Grenzstation wird, und darauf der Grenze folgend zwischen Schlux- und Karrharde und schließlich der Süderau und Wiedau bis zu ihrer Biegung nach Norden, von wo sie geradeaus nach der Nordsee und weiter um die Nordspitze von Sylt geht.

3. Stimmrecht haben alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die
   a. geboren und heimisch sind in Nordschleswig,
   b. in Nordschleswig mindestens 10 Jahre gewohnt haben,
   c. in Nordschleswig geboren sind, aber von den bisherigen Machthabern ausgewiesen sind.
4. Das Stimmrecht wird schriftlich unter Formen ausgeübt, die jede einzelne freie Willensäußerung sichern. Die bisherigen Behörden dürfen die Abstimmung nicht beeinflussen.
5. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß anstoßende Gegenden in Mittelschleswig, die es fordern, das Recht erhalten, durch gesonderte Abstimmung kundzugeben, ob sie an Dänemark zurückzukommen wünschen.

   [61 Unterschriften]

   Die Unterzeichneten treten der vorstehenden Entschließung mit dem Vorbehalt bei, daß
   a. Flensburg unserer Meinung mit zu Nordschleswig gehört, wenn auch nicht zum dänischen Nordschleswig,
   b. die eventuelle Abstimmung in den angrenzenden Distrikten nach unserer Meinung gleichzeitig mit der Abstimmung im dänischen Nordschleswig erfolgen muß.

   [2 Unterschriften: Chr. Ravn, Flensburg; P. Budach, Hornholz]

Mit gemäßigter Formulierung und bescheidener Zustimmung hatte dieser Vorbehalt fast schon zur Festigung der Einheit beigetragen. Die Apenrader Resolution wurde damit zu einem großen Sieg, sowohl für H.P. Hanssen persönlich sowie für die von ihm gewünschte moderate Grenzpolitik. Peter Grau war auch ernstlich zufrieden. Mit Punkt 5 der Resolution hatte er erreicht, was er wollte: Flensburg eine Chance zu geben, um für einen Anschluss an Dänemark stimmen zu können; er wollte – jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt – dass die Stadt zu Dänemark gehört, falls eine Mehrheit von Einwohnern nicht dagegen sei.[49] Er schrieb am Tag nach der Versammlung an den Vorsitzenden des Wählervereines J.N.H. Skrumsager, der krankgemeldet und zuhause in Köbenhoved geblieben war: „Es ist schade dass du nicht gestern und vorgestern dabei sein konntest; es war so erfreulich wenig, was uns trennte, und es kam niemals zu Bitterkeit oder harten Worten, was auch nicht geschehen durfte oder sollte. Es gab einen Teil Wehmut, aber auch viel Freude, und du hattest es sicher verdient an diesem Gemeinschaftsgefühl teilzuhaben, das sich immer besonders schön und deutlich zeigte."[50] Zu diesem Zeitpunkt galt Peter Grau als der Anführer der Opposition. Die beiden H.P. Hanssen-Kritiker Ernst Christiansen und A. Svensson konnten nicht zur Stelle sein, da sie nämlich noch nicht aus dem Krieg zurückgekehrt waren – Svensson kam am 22. November und

49 Flensborg Avis 12.11.1918. Fink: Sønderjylland delt I, S. 66.
50 Zitat nach Fink: Sønderjylland delt I, S. 68.

Christiansen kam erst am 11. Dezember nach Hause.[51] Dies hat den Spielraum von H.P. Hanssen zweifellos vergrößert.

Außer Peter Grau unterschrieben auch N.J. Gotthardsen und H.D. Kloppenborg-Skrumsager die Apenrade-Resolution sowie viele andere, die später Anhänger einer südlicheren Grenze wurden. In diesen Kreisen wurde später behauptet, dass die Apenrader Resolution im „Zeichen von Anspannung und Eile" angenommen wurde und dass H.P. Hanssen mit seiner Meinung „triumphierte", ja damit sogar regelrecht „überrumpelte".[52] Dieser Mythos kann nicht bestätigt werden und kann als eine Verschleierungstaktik für den Meinungswechsel bezeichnet werden. Aus dem primären Quellenmaterial geht klar hervor, dass der Wählerverein die Grenzfrage in vier Durchgängen behandelte: in der Flensburger Versammlung am 12. Oktober, bei dem Kreistreffen vom 10.-13. November, sowie auch zweimal am 16. und 17. November im Folkehjem. Dazu kommt auch in historischer Perspektive gesehen, dass jedenfalls seit der Formulierung des Artikels V im Jahre 1866 ein Volksabstimmungsbegehren die Grenzpolitik der Nordschleswiger war und dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker ganz aktuell in der Diskussion und eng mit dem bevorstehenden Friedensschluss verbunden war. Eine Grenzpolitik, die dieses grundlegende Prinzip ernst nahm, konnte deshalb niemanden im Herbst des Jahres 1918 überrumpeln.

H.P. Hanssen richtete sein ganzes Streben darauf, die größtmögliche Einheit unter den dänischen Nordschleswigern 1918 zu erreichen. Dies geht aus der schon erwähnten offenen und gründlichen Behandlung im Wählerverein hervor, aber auch aus dem großen Stellenwert, den der Artikel V in seiner Reichstagsrede einnahm, aus seinem Versprechen, ein Minderheitenvotum zur Apenrader Resolution zu akzeptieren, und vor allen Dingen aus der Befürwortung einer Wahl in den angrenzenden Distrikten. Diese Bestrebungen trugen dazu bei, dass er kurz vor der öffentlichen Sitzung im Folkehjem beinahe einen Einheitsbeschuss des Wählervereins erreicht hatte, den er den vielen Menschen mitteilen konnte, die nach Apenrade kamen und auf Neuigkeiten warteten. Dass die zwei Repräsentanten für Flensburg und Umgebung nicht ohne Vorbehalt dabei sein konnten und die Resolution in deren Hinterland für große Enttäuschung sorgte, ist menschlich gesehen verständlich.

Die Ansprache von H.P. Hanssen am 17. November 1918. H.P. Hanssen musste sich vor dem Abschluss der Aufsichtsratsversammlung zurückziehen, sogar noch vor dem Ende der Wahl, um seine Ansprache bei der öffentlichen Sitzung vorzubereiten.[53] Es waren über 3000 Zuhörer versammelt. Zweimal musste H.P. Hanssen seine Rede halten. Zuerst vom Balkon des Folkehjems für die Versammlung im Garten und danach drinnen im Saal.

H.P. Hanssens Rede begann mit einem Nachruf auf die gefallenen 6000 Nordschleswiger. Danach gab er eine Darlegung der Entwicklung der Grenzfrage mit dem Schwerpunkt der Ereignisse der letzten eineinhalb Monate. Diesen Teil schloss er mit der Verlesung

51 A. Svensson: De stille Aar, Sønderborg 1962, S. 95. Ernst Christiansen: Du kan, du maa og skal. To Aar i Krig, Flensborg 1923, S. 383-387.

52 H.D. Kloppenborg-Skrumsager: Ved Tysklands Sammenbrud 1918, in: Christensen: Slesvig delt, S. 18. N.J. Gotthardsen: I Spændings og Hastværks Tegn, ebenda, S. 19-36. Vilh. la Cour in: Grænsevagten 1919/20, S. 429.

53 Hanssen: Fra Krigstiden II, S. 410f. und Grænsespørgsmaalet, S. 76-83. Übersetzung nach Der nationale Gegensatz 1864-1914, S. 102.

des Briefes von Dr. Solf. Er legte deutlich Wert darauf, dass die Anerkennung der deutschen Regierung hinsichtlich der Grenzziehung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Öffentlichkeit kam, um die Hoffnung der dänisch Gesinnten zu untermauern und die Moral der deutschgesinnten Bevölkerung zu untergraben.

Der dritte Teil der Rede drehte sich um die Zukunft. H.P. Hanssen deckte den Schleier um seine weiteren Pläne auf: dass er durch den dänischen Gesandten in Berlin die dänische Regierung im Namen der dänischen Nordschleswiger darum bitte, die notwendigen Schritte dafür zu tun, dass die nordschleswigsche Grenzfrage in die bevorstehenden Friedensverhandlungen eingehe. Danach las er die Apenrade-Resolution vor und fuhr fort: „Aber neben diesen Aufgaben von rein praktischer Art wird die neue Zeit auch andere Anforderungen an uns stellen. Hier in Apenrade, wo wir versammelt sind, lebte und wirkte I. P. Junggreen. Sie werden sich erinnern, daß es ein Wort gab, das er seinen Gegnern immer wieder entgegenhielt. Es war der alte Bibelspruch: ‚Was Du nicht willst, was man Dir tu', das füg' auch keinem andern zu!' In der Zeit, in die wir jetzt hineingehen, werden wir Gelegenheit erhalten zu zeigen, dass auch wir dieses Wort als Verpflichtung für uns anerkennen. Und ich bin davon überzeugt, dass wir diese Prüfung bestehen werden." Mit anderen Worten versprach H.P. Hanssen der künftigen deutschen Minderheit, dass sie nach ganz anderen, liberalen Prinzipien behandelt würde als die dänischen Nordschleswiger unter der preußischen Herrschaft.

Am Tage nach dem Treffen reiste H.P. Hanssen nach Berlin. Dem dänischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Carl Moltke, überreichte er persönlich am 21. November einen Brief an die dänische Regierung mit der Bitte, „durch ein Ersuchen an die Alliierten die Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, damit die dänische Bevölkerung in Nordschleswig bei den Verhandlungen über den Abschluss des Weltfriedens die Anerkennung ihres Rechtes und damit in naher Zukunft die Erfüllung ihres brennenden Wunsches, mit ihrem Vaterlande, Dänemark, wieder vereinigt zu werden, erhalten kann." Der Brief von Dr. Solf und die Apenrade-Resolution wurden angefügt.[54]

Damit wurde der nächste Schritt zur Sache der dänischen Regierung. Dies geschah, als am 28. November der Außenminister Erik Scavenius Noten an den amerikanischen, britischen und französischen Gesandten in Kopenhagen überreichte. Diese Noten hatten beinahe den Charakter eines Folgebriefs zu H.P. Hanssens Anfrage und der Apenrader Resolution, wie auch der dänischen Reichstagsresolution vom 23. Oktober 1918. Sie zeigten keine Spuren von Freude über den Sieg der Alliierten und keine Sympathie für die großen Opfer, die er gekostet hatte. Der Außenminister erlaubte sich nur, die nordschleswigsche Frage bei den alliierten Regierungen „vorzulegen"; er stellte keine offizielle Anfrage.[55] Die Noten deuten auf eine mangelhafte Lagebeurteilung bei Scavenius hin, der immer noch bei der deutschfreundlichen Neutralitätspolitik der Kriegsjahre blieb. Das machte keinen guten Eindruck auf die alliierten Regierun-

54 H.P. Hanssen: Dagbogsoptegnelser November og December 1918. Aabenraa 1928, S. 3-6. Übersetzung nach Alnor III:1, S. 380.

55 Jessen: Haandbog slesvigske Spørgsmaal I, S. 52.

gen. Erst als diese eine offizielle dänische Anfrage zur Bedingung einer Weiterbehandlung der schleswigschen Frage machten, rückte Scavenius mit einer solchen am 12. Dezember heraus. Diese war in einem noch nüchterneren Geschäftston als die ersten Noten gehalten.[56] Aber sie reichte aus, die schleswigsche Frage auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz zu setzten.

56 Ebenda, S. 56f.

Abb. 5: Die Volksmenge bei der Apenrader Versammlung am 17. November 1918. Foto: Museum Sønderjylland – ISL.

Zusammenfassung. H.P. Hanssen folgte drei Wegen, um die schleswigsche Grenzfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Im deutschen Reichstag forderte er in seiner Ansprache eine Volksabstimmung über die Grenze in Nordschleswig. Mit einigen Hindernissen bekam er die Akzeptanz der neuen deutschen Reichsregierung von Dr. Solf in Briefform zugesandt. Er brachte den Wählerverein von Nordschleswig dazu, seine Forderung in der Apenrader Resolution zu wiederholen, worin auch die Vorgehensweise näher präzisiert wurde. Es glückte ihm, alle führenden dänischen Nordschleswiger hinter die Resolution zu bringen. Mit Dr. Solfs Brief und der Resolution

in der Tasche wandte er sich offiziell an die dänische Regierung mit dem Ersuchen, die Grenzfrage in die kommenden Friedensverhandlungen einzubringen, was die Regierung auf etwas unsichere Art und Weise auch tat.

H.P. Hanssens Grenzpolitik kann als moderat bezeichnet werden. Der Ausgangspunkt war H.V. Clausens Linie von 1901, die zum einen die damalige nationale Gesinnung und Sprache berücksichtigte und zum anderen auch geografisch praktikabel war. Er hat dabei darüber hinweggesehen, dass die Bevölkerung in der südwestlichen Ecke mit Hoyer und Tondern überwiegend deutsch gesinnt war. Um sicherzugehen, dass dieses Gebiet an Dänemark fällt, forderte er eine En-bloc-Wahl für Nordschleswig. Er schnitt dabei Flensburg von der Wahl ab, wo die große Mehrheit der Bevölkerung seit dem Ende der 1880er Jahre sowohl deutschsprachig als auch deutschgesinnt war. Es wäre ein zu großes Risiko gewesen, diese Stadt und deren Umgebung in das Gebiet der En-bloc-Abstimmung zu integrieren. Einerseits konnte die klare dänische Mehrheit bei der Wahl geschwächt werden, anderseits wären langfristig Probleme nach der Eingliederung der Stadt in Dänemark entstanden. Dagegen glaubte er, dass die Deutschgesinnten aus der Ecke von Hoyer-Tondern und dem Schluxharde in Dänemark integriert werden konnten.

Um Einheit in der Grenzpolitik zu erreichen, hatte er sich erst die Zustimmung der beiden dänischen Landtagsabgeordneten gesichert. Danach brachte er im Wählerverein eine grundlegende Diskussion zuerst beim Flensburger Treffen in Gang und verfasste auch ein Gutachten, das bei den lokalen Treffen und Kreisversammlungen diskutiert und schließlich bei der zweitägigen Sitzung im Folkehjem in Apenrade behandelt wurde. Den zu erwartenden Widerstand zugunsten einer südlicheren Grenze versuchte er mit Hinweis auf den Artikel V des Wiener Friedens im Tonfall der alten dänischen Bewegung zu beruhigen – begleitet von der Akzeptanz einer Forderung zur Wahl in einzelnen Gemeinden im Gebiet von Mittelschleswig, wo die Bevölkerung den Wunsch einer Wahlteilnahme hatte. Das war ein entscheidendes Zugeständnis auf dem Weg zum Konsens.

Die Apenrader Resolution wurde als grenzpolitische Grundlage von der dänischen Regierung angenommen, war danach Basis bei der Formulierung der schleswigschen Bestimmungen im Versailler Vertrag und wurde damit auch für die Abstimmungen im Februar und März 1920 maßgebend. Der Wahlausgang bestätigte die Vermutungen H.P. Hanssens über die Haltung der Bevölkerung in der Grenzfrage und wurde entscheidend für den deutsch-dänischen Grenzverlauf von 1920. Mit dieser Grenze wurden die Wünsche der überwiegenden Mehrheit in der Grenzregion berücksichtigt; die Minderheiten wurden dagegen klein, was einen liberalen Umgang mit diesen Minderheiten ermöglichte. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom Jahre 1955 bestätigten die Minderheitenrechte und bewirkten nach und nach ein friedliches Miteinander im deutsch-dänischen Grenzland. Der Grundstein dafür wurde im November 1918 von H.P. Hanssen im Apenrader Folkehjem gelegt.